



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Warum?

Warum sollen die Menschen mitmachen, wenn die Verrückten verrücktspielen? Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit der Menschen in allen Ländern es vorzieht, in Frieden zu leben. Es gibt aber eine evolutionäre Pathologie, die ausbricht, wenn die Folgen der eigenen Taten, die aus Absichten entstehen, die man zu verbergen trachtet, von anderen Menschen getragen werden müssen.

Das wird Macht genannt. Dank der Macht unserer technischen Nutzung der Energiesklaven üben wir Macht über die Umwelt, die Natur, alle Mitbewesen aus, ohne es zu merken. Allein der Umstand, dass ein Minister, der in einer schwierigen Zeit versucht, den Menschen zu helfen, um sein Leben fürchten muss und Polizeischutz braucht, wie der ehemalige Gesundheitsminister Dr. Mückstein, ist ein Indiz für eine gefährliche Entwicklung. Die hat aber auch eine Vorgeschichte, die durch mangelnde oder einseitige Information und einseitige Auswahl von Experten entstehen kann. Die bekannte „rote Linie“ ist an der Front der Wissenschaft nie klar erkennbar.

Damit sind aber alle Entscheidungsträger fast immer konfrontiert, weshalb es eine Bundesverfassung, allgemeine Menschenrechte und moralische Regeln gibt. Angesichts der beschleunigten Veränderungen, von der Klimakatastrophe bis zum Artensterben, ist die Sehnsucht nach Beständigkeit, Bequemlichkeit, Sicherheit und Gewissheit verständlich. Auch wenn es eine Illusion ist.

Denn in der Evolution, der wir nicht entgehen können, ist immer alles in Fluss, auf Dauer ist nichts sicher, weil es keinen Stillstand gibt, so lange die Sonne auf die Erde scheint. Besonders dann, wenn wir, wie es leider schon passiert ist, Grenzen der Tragfähigkeit des Planeten überschritten haben, dürfen wir uns nicht wundern, dass der wunderbare Weg zu immer mehr und immer leichter in die Gegenrichtung führen wird, zu immer weniger und immer schwerer.

Hier wäre Besonnenheit angebracht und nicht Gewalt, um etwas aufzuhalten, das sich nicht mehr aufhalten lässt, wenn wir den Zeitpunkt und die Gelegenheit dazu verpasst haben. Vor genau 50 Jahren wurde die Welt gewarnt, dass wir schon nahe an den Grenzen des Wachstums waren und es höchste Zeit war, den Kurs unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu ändern, um in eine nachhaltige Zukunft zu kommen.

Das Volk

Die direkte Demokratie ist hierzulande kaum der Rede wert. Für die Bürger gibt es nur wenige

Millionen Tiere werden täglich auf engstem Raum über die Straßen der EU gekarrt. Meist zu großen Schlachthöfen, aber auch zu Mastbetrieben. Bis zu 24 Stunden dürfen Schweine ohne Pause transportiert werden, bei Rindern sind es sogar bis zu 29 Stunden mit einer kurzen Unterbrechung.

Das Volksbegehren „**Stoppt Lebendtier-Transportqual**“ will dem ein Ende machen. Schlachtvieh-Transporte soll es „nur noch vom Bauern zu nächstgelegenen Schlachthöfen“ geben. Zudem verlangt das Volksbegehren „Fleischtransport mit Hausverstand: Vom Schlachthof wird Fleisch nur noch gekühlt oder gefroren transportiert.“

Initiiert hat es der niederösterreichische FPÖ-Tierschutz-Landesrat Gottfried Waldhäusl. Er steht derzeit in seinem anderen Aufgabengebiet als Asyl-Landesrat wegen angeblichem Amtsmissbrauch rund um eine Flüchtlingsunterkunft in Drasenhofen vor Gericht.

Das Volksbegehren gegen die Tiertransporte wird von der „Tierschutz Austria“-Präsidentin Madeleine Petrovic unterstützt. „Weil beim Thema Tiertransporte nichts weitergeht“, sagt die Tierschützerin und frühere Grünen-Chefin. „Ich selbst habe an der EU-Außengrenze zwischen Kroatien und Bosnien die Lastwagen mit Kälbern gesehen und gehört. Manche brüllen noch, man-

che wimmern nur mehr. Das ist eine europäische Kulturschande.“ Allein aus unserem Land werden zehntausende Kälber jährlich nach Spanien und Italien oder über das Mittelmeer exportiert.



Heide Schmidt:
Gesetze
gegen
Korruption.

Petrovic hofft auf ein Umdenken. Helfen könnte dabei die Energiekrise. Denn die Tiertransporte verursachen nicht nur „unglaubliches Tierleid“, sondern bei den LKW-Fahrten quer durch Europa „verpuffen auch Millionen Liter Treibstoff“.

Unterschreiben können wir Volksbegehren auf jedem Gemeindeamt oder mittels Handy-signatur.

